

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 18 (1977)  
**Heft:** 20

**Artikel:** 1917 bis 1977 : 60 Jahre sowjetisches System  
**Autor:** [s.n.]  
**Kapitel:** Das Werden des Sowjetsystems 1917-1977  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094928>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Das Werden des Sowjetsystems 1917 – 1977

Am Anfang steht der Mythos. Ein Rückblick auf die Oktoberrevolution von 1917 samt ihren Folgen muss zunächst festhalten, dass es sie nicht gegeben hat. Es gab vielmehr einen revolutionären Putsch, der allerdings Geschichte machte und macht. Ihr sowjetischer Teil ist bei weitem nicht das Ganze. Aber er zeigt am besten, was aus den Hoffnungen auf eine neue Gesellschaft geworden ist. Wie hat sich die sogenannte Oktoberrevolution dort ausgewirkt, wo sie gesiegt hat und in der dritten Generation weiter siegt?

## Der Weg zur Macht

Vor 1917 gab es in Russland mehrere Parteien, die revolutionäre Veränderungen nach verschiedenen Vorstellungen und auf verschiedenen Wegen erstrebten. Die Bolschewiken (die späteren Kommunisten) waren keine Partei, sondern bildeten lediglich eine Fraktion innerhalb der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP), bei der allerdings die Sozialdemokraten sozusagen auch nur eine Fraktion stellten, nämlich die Menschewiken.

Lenin bereitete seine führende Rolle im bolschewistischen Flügel im Ausland vor. Kaum war er von seiner sibirischen Deportation (1897–1900) nach Petersburg zurückgekehrt, emigrierte er, wobei er vorerst in Grenznähe blieb und revolutionäres Propagandamaterial nach Russland lieferte. An Geld fehlte es ihm nicht. Er stammte aus einer begüterten Familie und verfügte ferner über so oder anders gemeinte Sympathisantbeiträge, besonders nach der fehlgeschlagenen «bürgerlich-demokratischen» Revolution von 1905 bis 1906, die zum Teil von Intellektuellen aus der «Jeunesse dorée» getragen worden war. So gelangte das legendäre Morosow-Vermögen testamentarisch an die RSDAP insgesamt, doch Lenin — ein tüchtiger Kapitalist im Interesse der antikapitalistischen Sache — sorgte dafür, dass ausschliesslich sein eigener Parteiflügel davon profitierte.

1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Die k. u. k. Behörden internierten Lenin, liessen ihn aber dann auf Intervention von Nationalrat Robert Grimm in die Schweiz ausreisen. In dieser Zeit fielen die bisherigen Geldüberweisungen durch seine Freundin Klara Zetkin aus Deutschland aus; Lenin trat 1915/16 in Kontakt mit der Botschaft des Deutschen Reiches und liess sich von ihr eine kleinere finanzielle Unterstützung geben. Den Zentralmächten war ja daran gelegen, Revolution im Feindesland zu fördern.

1917 kam es in Russland zur Februarrevolution, zur Abdankung des Zaren und zur Bildung einer Provisorischen Regierung. Die Bolschewiken, nominell der Diktatur des Proletariats verpflichtet

(die es nie geben sollte), hatten von einer allgemeinen Demokratie nur zu fürchten, schon weil sie entgegen ihrem Namen (Bolschewiken = Mehrheitler) nur einen Bruchteil der Bevölkerung hinter sich wussten. Aber sie hatten sich nunmehr über ihren innen- und aussenpolitischen Kurs zu einigen, der ihrer eigenen Revolution förderlich wäre. Hier bewies Lenin die Qualitäten eines Führers.

\*

Lenin und seine Exilanhänger konnten im April 1917 über Deutschland nach Petrograd reisen. Sie sollten und wollten (u. a. mit finanzieller Unterstützung Berlins) ihre neue Revolution an Ort und Stelle vorbereiten und mit den Zentralmächten einen Sonderfrieden abschliessen.

Unmittelbar vor Lenins Ankunft am 16. April 1917 hatte das bolschewistische Zentralkomitee in Petrograd einen dreifachen Beschluss gefasst: Verschiebung der Revolution auf später, Unterstützung der Provisorischen Regierung und Fort-

setzung des Krieges. Unmittelbar nach seiner Ankunft verabschiedete es ein Programm, das allen drei Punkten frontal widersprach.

(Uebrigens: Das «Leninsche Prinzip des Demokratischen Zentralismus» sieht vor, dass ein einmal gefällter Mehrheitsentscheid von der Minderheit übernommen werden muss und nicht erneut zur Debatte gestellt werden darf.)

Die RSDAP, ohnehin nicht viel mehr als eine Dachorganisation, zerbrach in der Folge vollends; bis zum Sommer 1917 war die Trennung in eine menschewistische und eine bolschewistische Partei vollzogen.

Seit seiner Rückkehr nach Russland hatte sich Lenin bemüht, seiner Fraktion eine Stimme und einen Stosstrupp zu geben. Mit Vorrang widmete er sich einerseits dem Aufbau einer eigenen bolschewistischen Presse und andererseits der Gründung der Roten Garden, die hauptsächlich von Jungintellektuellen und Jungarbeitern bemannt waren.

## Thematische ZeitBild-Nummern

Diese Ausgabe gehört zu den ZeitBild-Nummern, die ausschliesslich oder überwiegend einem bestimmten Thema gewidmet sind. Sie können von Interesse für Personen und Institutionen sein, die sich mit der jeweiligen Problematik beschäftigen oder auch mit der Frage, wie sich eine hier generell empfundene Problematik in der alternativen Gesellschaftsordnung ausnimmt.

Wir weisen hier auf folgende Nummern hin, die bei unterschiedlichen Vorräten noch lieferbar sind:

● ZB, Nr. 2/1972: «Pille oder Messer?» Schwangerschaftsunterbrechung in Osteuropa. Das Beispiel einer keineswegs einheitlichen Theorie und Praxis.

● ZB, Nr. 19/1972: «An alle: Seid Soldaten!» Die Militarisierung von Jugend und Gesellschaft im Sowjetlager.

● ZB, Nr. 21/1973: «Leitest du den Betrieb?» Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der UdSSR und in Osteuropa.

● ZB, Nr. 1/1974: «Band oder Fessel?» Die Rolle der Gewerkschaften in den kommunistisch regierten Ländern.

● ZB, Nr. 21/1974: «Neue Menschen?» Die Erziehung zum neuen Menschen in der Sowjetunion und in Osteuropa.

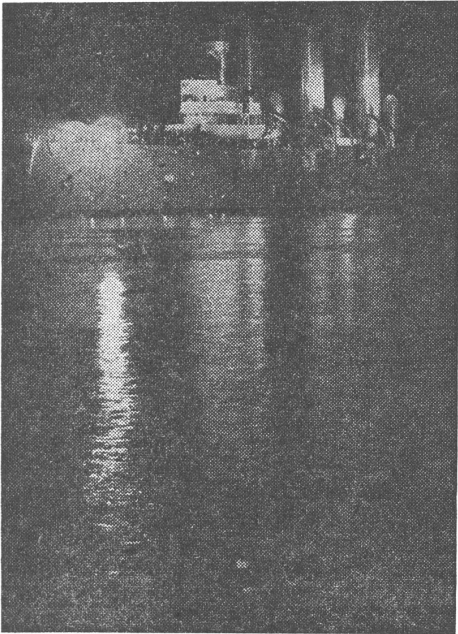
● ZB, Nr. 21/1975: «Krieg im Frieden». Die Dialektik von Krieg, Frieden und Revolution.

● ZB, Nr. 19/1976: «Wohin der Marsch?» Das Verhältnis von Moskau zum Eurokommunismus.

Der Stückpreis für Einzelnummern beträgt Fr. 2.—. Bei grösseren (auch gemischten) Bestellungen reduziert sich der Preis: Fr. 1.— (10–45 Exemplare), Fr. .70 (50–99), Fr. .50 (100–500).

Bestellungen nimmt entgegen die ZeitBild-Administration, CH-3000 Bern 6.

Administration ZeitBild



Der Panzerkreuzer «Aurora». Die Mannschaft jenes Schiffes gab am 7. November 1917 dem Putsch in Petrograd seinen militärischen Erfolg.



Lenin bei einer Parade.

Sein gleichzeitiger Werbefeldzug für einen Separatfrieden stützte sich auf schon vorhandene Träger: die Soldatenräte oder Soldatenkomitees in vielen Einheiten. Der Erfolg bei der kriegsmüden und disziplinfeindlichen Truppe war beträchtlich.

Die eigentliche politische Parole Lenins lautete: «Alle Macht den Sowjets» (den Räten). Aber er selbst befolgte sie höchstens bis Ende Juni 1917. Denn die ersten Wahlen in die Sowjetkongresse verliefen ungünstig für ihn. Obwohl dabei schon selektiv nur die leitenden Gremien der sogenannten Linksrevolutionäre bestellt wurden. Zum Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Juni waren auf 1090 Delegierte nur 105 Bolschewiken gewählt worden (und erst noch mehrheitlich Soldaten, die sich bloss die Friedensforderungen zu

eigen machten); beim Bauernsowjet (zu dessen Kongress Lenin eine programmatische Rede hielt) war der Prozentsatz noch kleiner.

Also wollte es Lenin lieber nicht auf die Macht der Räte ankommen lassen. Er gab die Losung zur sofortigen Revolution aus. Der Versuch scheiterte im Juli 1917.

Lenin flüchtete jetzt Richtung Finnland, aber mehr deshalb, weil die Behörden von den deutschen Geldern erfahren hatten. Sonst suchte die Provisorische Regierung ihre verschworenen Feinde durch Nachgiebigkeit milde zu stimmen und zog es vor, ihren Mut gegenüber weniger gefährlichen Kräften zu beweisen.

Der gewaltsame Umsturz war nach wie vor beschlossen. Ihn organisatorisch vorzubereiten, war weitgehend die Sache Trotzkijs. Zum Zeitpunkt bestimmte man den 25. Oktober (nach dem Julianischen Kalender; d. h. den 7. November in moderner Datierung), weil man dem zweiten Sowjetkongress zuvorkommen wollte, der auf den 26. Oktober einberufen war.

Und so fand dann an diesem Tag die durchaus legendäre Grosse Oktoberrevolution statt. Ihr Kernstück war der «Sturm auf das Winterpalais» von Petrograd, in dem die Provisorische Regierung tagte. Technisch betrachtet war es eindeutig ein Putsch. Und nicht einmal gegen das schon längst erledigte Ancien régime, sondern gegen den ersten Versuch einer demokratischen Alternative dazu.

Der Versuch war allerdings zu schwach gewesen. Zu schwach für die Demokratie und viel zu schwach für ihre Behauptung.

Den Staatsstreich führten 150 bis 200 vor allem publizistisch profilierte Bolschewiken durch. Und die «proletarischen Massen» wurden zur Hauptsache von Matrosen des Panzerschiffes «Aurora»

markiert, welche die Schiffsgeschütze in einer militärischen Drohgebärde auf den Regierungssitz richteten. Selbst diese Seeleute waren übrigens fast alle Anarchisten. Sie liessen sich immerhin freiwillig von den Bolschewiken einsetzen, die ihrem Hass auf die Anarchisten erst später vernichtenden Ausdruck geben sollten.

Hier zeigte sich erstmals in der Geschichte die Kraft des elitären Volksvertretungsanspruches: Eine Weltmacht mit 161 Millionen Einwohnern konnte durch diese winzige Gruppe via Anarchie und Terror zur Diktatur gebracht werden.

Lenin wollte am nächsten Tag seine Machtübernahme durch den Sowjetkongress bestätigen lassen. Die Mehrheit der Delegierten verliess jedoch das «Parlament» (das schon nur aus Parteiwahlen der revolutionären Linken zustande gekommen war), das somit beschlussunfähig wurde. Die kleine Minderheit der Bolschewiken und linken Sozialrevolutionäre kümmerte sich allerdings nicht weiter um die nach ihren eigenen Kriterien fehlende Legalität. Sie bildete von sich aus eine Revolutionsregierung, den Rat der Volkskommisars, unter Lenins Präsidium.

Auf Druck der revolutionären Kräfte im ganzen Land liess Lenin dann noch die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung zu. Die Niederlage war eklatant. Obwohl seine Partei im Besitz der Macht das Wahlrecht in ihrem Sinn einschränken liess und ihre Möglichkeiten zu Einschüchterung und Terror voll ausnutzte, erhielt sie nur ein Viertel der Stimmen, und dementsprechend weigerte sich die frischgewählte Konstituante am 5. Januar 1918, die «Revolution» anzuerkennen. Da liess Lenin die Versammlung mit Gewalt auseinanderjagen. Damit hatte die Berücksichtigung der Wählerbasis ihr definitives Ende gefunden.



Lenins Ankunft in Russland. Ein nicht ganz zeitgenössisches Gemälde, weil sich Stalin hinter Lenin darstellen liess, obwohl er nicht dabei war.

# Bürgerkrieg und Kriegskommunismus

Die ersten Schritte der Bolschewiken nach ihrer Machtergreifung waren programmatisch wichtig. Sie umfassten:

- Das Dekret über den Frieden. In dieser Hinsicht hielt Lenin sein Wort.
- Die Liquidierung der «feindlichen» Presse.
- Die Bildung der Ausserordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution (Tscheka). Damit war der Staatssicherheitsdienst geschaffen, der dann unter verschiedenen Namen ausgebaut wurde bis zum heutigen KGB, dessen Mitglieder man umgangssprachlich immer noch «Tschekisten» nennt. Er machte es zum tödlichen Risiko, gegen die herrschende Macht zu sein, und sicherte sie damit entscheidend ab.
- Die «Deklaration über die Rechte der Völker Russlands». Sie anerkannte nationalstaatliche Selbstbestimmung, die dann wieder aufgehoben wurde, sobald das Moskauer Zentrum dafür genügend stark war. Inzwischen eignete sie sich dazu, die Unabhängigkeitsbedürfnisse der Minderheiten im Interesse der Partei wirken zu lassen.
- Verstaatlichung der «grundlegenden Produktionsmittel» (oder zunächst die Vorbereitung dazu), um die «wirtschaftliche Grundlage» zum Sozialismus zu schaffen.
- Die Bildung der Roten Armee.

Diese Armee, gut zwei Monate nach der «Revolution» gegründet, war das eigentliche Werk von Trotzki. Er baute sie entgegen den ursprünglichen Verheissungen als «Kaderarmee» auf, während Lenin zuvor immer die Milizarmee nach schweizerischem Muster als echte Volksarmee gelobt hatte. Nunmehr löste man auch die Roten Garden und die Soldatenräte auf. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und waren überflüssig geworden. Die Armee wurde nicht länger «demokratisiert», sondern diszipliniert.

\*

Die Armee wurde in Etappen, die einander überlappten, für drei Zwecke eingesetzt.

Vorrangig und vorerst als Bürgerkriegsinstrument gegen die «Weisse Armee».

Nach dem Ende des Weltkrieges begann sie zudem gegen die brandneuen Nationalstaaten zu marschieren, um die territoriale Einheit des alten Russland wiederherzustellen.

Schliesslich diente sie dem Export der Revolution; laut eigener Darstellung kam man dabei dem Wunsch der jeweiligen Volksmassen nach. Lenins Truppen waren freilich 1919 nicht imstande, zur Ungarischen oder gar Slowakischen Räterepublik durchzustossen, und 1920 erlitten sie bei Warschau eine Niederlage.

Umgekehrt unternahmen derweil die Entente-Mächte einen allerdings nur halbherzigen Versuch, die alte Ordnung zu retten. Einerseits setzten sie im Norden und Süden Truppen an Land, andererseits gaben sie die Weisung aus, Kollisionen mit der Roten Armee zu vermeiden. So wa-

ren sie gerade präsent genug, um dieser ein Alibi für ihre Kriegführung zu geben (die immer mehr gegen eine unwillige Bevölkerung gerichtet war), blieben aber als Interventionsmacht praktisch eine Schimäre.

Ernsthafter war die Bedrohung durch 60 000 Mann japanischer Truppen, die über die Ostgrenze einmarschierten. Lenin begegnete ihr durch politische Befriedung. Er schuf als Pufferstaat die sog. Fernost-Republik auf der Grundlage von politischem Pluralismus. Worauf die Japaner abzogen. Worauf Lenin die «Republik» erneut der RSFSR einverleibte.

\*

Mit vorsorglicher Beschwichtigung bannte man eine weitere Gefahr. China hatte zwischen 1858 und 1900 etwa 1,5 Millionen Quadratkilometer an Russland verloren, und die Aeussere Mongolei (formell eine unabhängige Monarchie) war Einflussgebiet der Zaren geworden. Würden die Chinesen jetzt ihre Ansprüche militärisch unterstreichen? Vorbeugend liess Lenin 1919, als seine Einheiten den Ural überschritten, erklären, der Sowjetstaat gedenke die zaristischen Eroberungen nicht für sich zu beanspruchen. Die betreffenden Territorialverträge zwischen Russland und China seien «ungleiche Verträge» und demzufolge null und nichtig. Sein Volkskommissar für Aussenpolitik wiederholte das 1920 offiziell, und in China quittierte man den Gebietsverzicht mit einem Interventionsverzicht.

\*

Der Bürgerkrieg (1918—1921) brachte Hunger und Elend von grösstem Ausmass. Millionen flüchteten aufs Land, um essen zu können. Dazu kam der politische Terror.

Unter dem Kommando von Felix Dserschinskij begann die Tscheka mit den Säuberungen und Liquidierungen. Bei der physischen Vernichtung der Klassenfeinde fing man mit den höheren Schichten an; so wirkte man das Stillhalten der jeweils nächsten Auswahl. Besonders nach 1919 kamen dann auch die ehemaligen Verbündeten an die Reihe, nämlich die Sozialrevolutionäre und Menschewiken, die praktisch ausgerottet wurden.

Auf dem Land führte man nach der Tötung der nicht geflüchteten Grossgrundbesitzer diesen Prozess allerdings etwas umsichtiger. Die Parole «Arme Bauern gegen Kulaken» (Grossbauern) galt nur der politischen Entmachtung der Kulaken, aber noch nicht ihrem Leben, das man als Produktionskapazität einstweilen erhalten wollte. (Ihre systematische Schlachtung erfolgte dann später.)

Anstelle des Handels trat zwischen Stadt und Land der «Warenaustausch». In der Praxis bestand er darin, dass man auf dem Lande alles konfiszierte, was aufzutreiben war, um die Truppen und die Städte zu versorgen. Die Durchführung lag bei Gremien, die den Namen «Komitee zur Bekämpfung der Armut auf dem Dorfe» führten; später übernahm das die Tscheka direkt.

## Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

### Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22.85

Friedrich Salzmänn

### Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16.80

### Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion. Aus dem Russischen von G. Bruderer. 1967, 142 Seiten, broschiert, 7.80

Peter Parker

### Vietnam – wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld der 3 Grossmächte. 1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34.20

Chien-jen Chen

### Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

Als Manuskript gedruckt. 1972, 200 Seiten, laminiertes Paperback, 36.–

Laszlo Révész

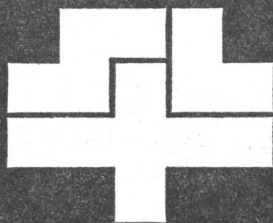
### Der osteuropäische Bauer im 17. und 18. Jahrhundert

1964, 311 Seiten, Leinen, 24.80

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut  
CH-3000 Bern 6

Für alle Bankgeschäfte



Spar + Leihkasse  
in Bern

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 221351

## Gründung der UdSSR

Vorläufer der Sowjetunion als Bundesstaat waren sechs «souveräne» Sowjetrepubliken: die Russische Föderation (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik: RSFSR), die Ukraine, Weissrussland und die drei transkaukasischen Republiken Armenien, Aserbeidschan und Georgien. Das war weniger als der Bestand des zaristischen Russlands. Zum Zeitpunkt der Unionsgründung 1922 fehlten die polnischen Gebiete, das Baltikum, Finnland und Bessarabien.

Die übrigen Gebiete waren bis zur Oktoberrevolution durchaus bereit gewesen, mit Russland weiterhin zusammenzuleben, freilich im Rahmen einer erheblichen nationalen Autonomie. Dann änderte sich die Lage. Unter Berufung auf die schon erwähnte «Deklaration über die Rechte der Völker Russlands» (Recht auf Selbstbestimmung, Trennung und eigene Staatsbildung) entstanden rasch Nationalstaaten mit eigenen Parlamenten und Regierungen.

Nur hatte Lenin die Rechte der Völker nicht deshalb verbrieft, damit sie davon Gebrauch machten, sondern um sich den Goodwill der nationalen Befreier so lange zu sichern, als er darauf angewiesen war. Dann ging er an die Wiedereingliederung, und zwar zumeist nach folgendem Schema: In den betreffenden Ländern oder auch in der sowjetrussischen Nachbarschaft liess er Sektionen der Russländischen Kommunistischen Partei (RKP; so nannten sich mittlerweile die Bolschewiken, nachdem sie sich von den ausgelöschten Menschewiken nicht mehr abzu-

heben brauchten) die Revolution im anvisierten Nationalstaat verkünden und die Rote Armee zu Hilfe rufen. Diese konnte sich dann ihrer «internationalistischen Pflicht» nicht entziehen und kam ins Land. Der weitere Ablauf bis zum Anschluss war damit vorgegeben.

\*

In der *Ukraine* wurde der unabhängige Staat (Ukrainische Nationale Republik, UNR) am 20. November 1917 ausgerufen. Die Sympathisanten Lenins verkündeten ihrerseits am 25. Dezember 1917 die Ukrainische Sowjetrepublik, deren erster Feldzug am 29. Januar 1918 in Kiew mit einem Blutbad zu Ende ging, worauf die UNR (24. 1. 1918) ihre bis anhin noch bestehenden föderativen Kontakte zu Russland aufkündigte. Die KP der Ukraine tagte dann im Oktober 1918 ehrlicherweise in Moskau und erklärte dort die Vereinigung von RSFSR und «Sowjetukraine» als gemeinsame Aufgabe im Kampf gegen die ukrainische Konterrevolution. Ende 1918 marschierte die Rote Armee.

Die UNR suchte sich mit einer Bündnispolitik zu retten, die ihre Lage höchstens noch verschlimmerte. Sie hatte schon im Februar 1918 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen, um Hilfe von der Entente zu erhalten. Sie rief weissgardistische Truppen ins Land und musste feststellen, dass deren Kommandant seine Eroberungen für Moskau machte. Schliesslich suchte sie die Allianz mit Polen, was nicht gut ausgehen konnte, weil Polen 1772 Gebiete an die Ukraine verloren hatte und beim ganzen Handel nur darauf bedacht war, sie wiederzukriegen. Deshalb unterzeichnete Warschau am 12. Oktober 1920 lieber einen Waffenstillstand

mit Moskau, bei dem es Territorien der Ukraine und Weissrusslands zurückerhielt. Die verlassenen Ukrainer kämpften bis zum 18. November 1918; dann unterwarfen sie sich oder flüchteten nach Polen.

Aehnlich ging es mit *Weissrussland*. Die Rote Armee wurde im Namen einer fiktiven Weissrussischen Sowjetrepublik ins Land geschickt, die am 25. Dezember 1918 ausgerufen wurde. In Moskau.

In *Bessarabien* blieb schliesslich nur noch die Alternative übrig, nach welcher Seite man sich anschliessen wolle; vor der Oktoberrevolution war man sich weitgehend über einen Autonomiestatus im russländischen Staatsverband einig gewesen.

Aber Ende 1917 marschierten einerseits die Rote Armee und andererseits rumänische Truppen ein. Als Ergebnis entstand eine Moldauische SR, die sich zur RSFSR bekannte, während der nationalstaatliche Teil des Landes in Rumänien eingegliedert wurde. Ein bemerkenswerter Unterschied indessen: die monarchistische Diktatur Rumäniens liess den Anschluss durch eine Volksabstimmung bestätigen, die «Volksmacht» der Sowjets tat nichts dergleichen.

Die *transkaukasischen Republiken* hatten schon im Frühjahr 1918 ihre endgültige Trennung von Russland proklamiert. Nach der Oktoberrevolution wurde das in Moskau feierlich anerkannt. So hiess es im Friedensvertrag vom 7. Mai 1920 mit Georgien: «In Uebereinstimmung mit ihrer Proklamation der freien Selbstbestimmung aller Völker anerkennt die RSFSR bedingungslos die Unabhängigkeit und Souveränität des grusinischen Staates und verzichtet freiwillig auf

### Neu im Verlag SOI Bern

Laszlo Révész

#### Schüler und Lehrer in Osteuropa

Entwicklung des Bildungswesens in der UdSSR; die osteuropäischen Schulen; Schüler und ihre Organisationen; Berufswahl und Berufsberatung; Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer. TM 36, 1977, 183 Seiten, broschiert, Fr. 16.20.

Alfred Stucki

#### Der überforderte Mensch

Uebearbeitete und erweiterte Fassung einer vierteiligen Sendefolge des Schweizer Radios. Bemerkungen zur wirklichen und vermeintlichen Ueberforderung des Menschen. TM 37, 1977, 56 Seiten, broschiert, Fr. 5.80.

Laszlo Révész

#### Menschenrechte in der UdSSR

Untersuchung über die Menschenrechte in Osteuropa, insbesondere in der Sowjetunion. Theorie und Praxis. TM 38, 1977, 320 Seiten, broschiert, Fr. 19.80.

Erhältlich in jeder Buchhandlung!

Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut  
CH-3000 Bern 6

Prospekte  
Kataloge  
Zeitschriften  
Bücher  
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger  
Druck und Verlag AG  
Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775

**Die «treffende Reihe» – für Leute, die viel reden und schreiben**

**NEU – ist soeben erschienen!**



Reinhard v. Normann

**Treffend argumentieren**

Schlimm wird es, wenn gesagt wird: «Argumente zählen bei uns nicht!» Damit es nicht soweit kommt, gibt es dieses einmalige Nachschlagewerk, das uns zwingt, auch die Argumente des Gegners zu sehen und kennenzulernen.

Unter 500 alphabetisch geordneten Stichwörtern (Streithemen) findet man über 10 000 Denkanstösse (Argumente) und 1000 Zitate.

194 Seiten, gebunden, Fr. 28.–.

**Weitere bestbewährte Werke aus der «treffenden Reihe»:**

Markus M. Ronner

**Die treffende Pointe**

Humoristisch-satirische Geistesblitze des 20. Jahrhunderts.  
2. Auflage, 332 Seiten, Leinen, Fr. 34.–.

Karl Peltzer

**Das treffende Wort**

Wörterbuch sinnverwandter Ausdrücke.  
16. Auflage, 694 Seiten, Leinen, Fr. 36.80.

Karl Peltzer

**Das treffende Zitat**

Gedankengut aus drei Jahrtausenden und fünf Kontinenten.  
6. Auflage, 886 Seiten, Leinen, Fr. 54.–.

**Ferner:**

- Karl Peltzer, Treffend verdeutscht
- Karl Peltzer, Der treffende Reim
- Kurt Wortig, Zitate mit Pfiff und Schliif (2 Bände)

Erhältlich in der Buchhandlung SOI  
Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6  
Telephon 031 43 12 15

alle früheren russischen Rechte.» Im Dezember des gleichen Jahres erfolgte die Invasion. Das Alibi war ein hypothetischer Notruf des Volkes, im Namen der Massen formuliert von einer KP, die zu jenem Zeitpunkt auch offiziell nichts weiter war als eine Sektion der KPR.

Ebenso viele Vertragsbrüche markierten 1921 bis 1924 die Einverleibung der zentralasiatischen Kleinstaaten Buchara und Chiwa in die UdSSR, die unter den Zaren einige Selbständigkeit genossen hatten. Als Buchara bereits in eine «zugewandte» Sowjetrepublik verwandelt, der Moskauer Zentrale aber zu wenig botmässig war, wurde es normalisiert: Die «breschnewsche» Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Staaten hat ihre Vorläufer.

Die Befriedung ging als Blutbad vor sich, denn die Volksmassen aus Fleisch und Blut wehrten sich verzweifelt. Auch in Guerillakriegen der damaligen nationalen Befreiungsbewegungen, die man als konterrevolutionäre Banden ausrottete.

Nach erfolgter Normalisierung löste man das ehemalige Gebiet von Turkestan aus der RSFSR und zerschnitt es in die fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken (Buchara und Chiwa wurden unter mehrere verteilt), um der Wiedererstehung eines einheitlichen Nationalgefühls vorzubeugen.

In den baltischen Staaten war der nationale Widerstand besser organisiert. Deshalb hielt sich Moskau unverhältnismässig lange an seine Verträge von 1920, in denen es die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Estlands, Lettlands und Litauens «für ewige Zeiten» anerkannte. Der Anschluss erfolgte dann erst bei der Beuteteilung zwischen den verbündeten Mächten von Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus.

Hinsichtlich seiner «chinesischen» Territorien blieb Moskau bis 1924 bei seiner Verdammung der zaristisch-imperialistischen Eroberungspolitik und unterzeichnete sogar ein vorläufiges Abkommen über die Rückgabe jener Gebiete (31. 5. 1924). Dann änderte man die Sprachregelung und bezeichnete die «historisch entstandene» Grenze als «heilig und unantastbar».

1921 kam Moskau zu seinem ersten Satelliten. Damals riefen die einhundertundsechzig Mitglieder der Mongolischen Volksrevolutionären Partei die Revolution aus und baten die Rote Armee um Hilfe. Sie half.

Zu jener Zeit benutzte man beiläufig das Argument, es gehe nicht an, sozialistisch befreite Menschen der Ausbeutung eines bürgerlichen Regimes auszuliefern. Nach der kommunistischen Machtergreifung in China vergass man das wieder.

*Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 30. Dezember 1922 formell ausgerufen, aber bis dahin hatten die Partner der RSFSR ihre Souveränität schon längst an diese abgetreten.*

Die Entmündigung ging schon 1919/20 vor sich, auf der Grundlage der sogenannten «Vertragsföderation», die Militär, Wirtschaft und Aussenpolitik zur gemeinsamen und einheitlichen Sache machte. Wie «gleichberechtigt» die Republiken waren, ersieht man aber daraus, dass alle wichtigen Branchen (Militärwesen, Hochseeschifffahrt, Aussenhandel, Arbeitswesen, Verkehr, PTT) nicht etwa durch übernationale Gremien verwaltet wurden, sondern ganz einfach durch die Volkskommissariate (Ministerien) der RSFSR, die in allen Republiken *direkt* zuständig waren (!). Nur was übrigblieb (Bildungs- und Gesundheitswesen usw.), lag noch nominell in der Kompetenz der jeweiligen Republiken, wurde aber aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen koordiniert, d. h. praktisch ebenfalls auf Moskau ausgerichtet.

Unbefangen und ungetarnt tat sich die Hierarchie auf der Parteiebene kund: die KPs der fünf nichtrussischen Partner waren auch nominell *Bestandteile* der Russländischen KP. Von Föderation also keine Spur.

Die Parteistruktur allein hätte übrigens schon als Kriterium auch für die zentrale Staatsstruktur genügt. Denn 1918 wurden die ersten Sowjetverfassungen erlassen, und diese gewährleisteten für alle Sowjetrepubliken die Führungsrolle der Partei im Staat. Die weltanschauliche und organisatorische Alternativlosigkeit war damit Grundgesetz geworden.

Was also 1922 passierte, war lediglich das, dass man einen schon geschaffenen Einheitsstaat mit einheitlicher und zentraler Parteidiktatur nachträglich als Föderation definierte. Und den Verwaltungsablagen ausserhalb der RSFSR gab man von nun an und bis heute föderative Namen.



Mit der Roten Armee verschoben wurden die Propagandaschriften.

Laszlo Révész

### Kommentar zum Statut der KPdSU

Als Manuskript gedruckt. Format DIN A 4 mit Schuber, 1973, 890 Seiten, laminiertes Paperback, Fr. 98.-. ISBN 3-85913-068-4

Die grundlegende Bedeutung des Statuts ergibt sich daraus, dass die Verfassung der UdSSR der kommunistischen Einheitspartei die Leitung von Staat und Gesellschaft überträgt. Das Statut gibt darüber Auskunft, wie die KP alle Gebiete des staatlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens leitet und überwacht. Ohne Kenntnis des Parteistatuts ist das Funktionieren eines kommunistisch regierten Staates nicht verständlich. Wenn das Statut der Schlüssel für das Verständnis der Sowjetunion ist, so stellt Révész' Kommentar wiederum den Schlüssel zum Statut dar. (Spezialprospekt auf Anfrage)

**Verlag SOI**  
Schweizerisches Ost-Institut  
CH-3000 Bern 6

## Von der NEP zur Kollektivierung

*Wichtiger aber als die Staatswerdung war die Entstehung der neuen Ordnung innerhalb des alt-neuen Territoriums.*

Nach dem Bürgerkrieg war das Land verwüstet. Deshalb wurde zunächst die Verwirklichung von ideologischen Modellen der wirtschaftlichen Neubelebung hintangestellt. Dazu führte man 1921 die sogenannte *Neue Oekonomische Politik (NEP)* ein.

Die NEP bestand nebst einigen weiteren Liberalisierungen darin, den Bauern und Handwerkern privates Wirtschaften zuzulassen. (Ein lebenswichtiges «Ueberbleibsel» dieser Periode sind noch die bäuerlichen «Nebenwirtschaften».) Der Staat begnügte sich mit der Kontrolle dieses Sektors und liess ihn als Teil der staatlichen Planung gelten. Tatsächlich verbesserte die theoriewidrige Duldung bis Ermunterung der Privatinitiative in der Folge die Versorgungslage. Darüber hinaus bewirkte die NEP freundliches Interesse bei ausländischen Kapitalgebern, die an den Eurokommunismus glaubten, obwohl sie ihn noch nicht so nannten.

Die NEP hielt sich als Begriff bis 1928, aber ihrem Geiste widersprach Stalin schon 1925, als er die «sozialistische Industrialisierung» verkündete. Das Stichwort bedeutete damals wie heute: Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie. Nur tönte die Versicherung, man brauche den Maschinenbau eben als Voraussetzung für eine maximale Konsumgüterproduktion, vor fünfzig Jahren doch etwas frischer.

1928 lief der *erste Fünfjahresplan* an, und das Industrialisierungsprogramm war sein Kernstück. Dabei fehlte es an Kapital, an Arbeitern und an technischen Führungskräften.

Sowohl mit Arbeiterrekrutierung als auch mit Kapitalersparnis hatte die *Kollektivierung der Landwirtschaft* zu tun, die 1929 anfang und 1933 beendet war. Für sie scheute man keine Opfer: Rund 12 Prozent der Landesbevölkerung (damals 130 Millionen) kamen dabei um.

Zuerst deportierte man die eigentlichen Grossbauern, die Kulaken, dann die «Mittelbauern», die bis anhin als Verbündete gegolten hatten. Die Zugehörigkeit der Bauern zu diesen Klassenfeindkategorien wurde dadurch bewiesen, dass man sie unter dieser Begründung abholte. 4 bis 5 Millionen Familien, d. h. 15 bis 16 Millionen Menschen, starben in Konzentrations- und Arbeitslagern unter den unmenschlichsten Bedingungen. Aus den eingezogenen Gütern der Gross- bis Kleinbauern bildete man die Kolchosen.

Die regulären Abkommandierungen zum «Ausbau der Arbeiterklasse» kamen noch dazu. Die lokalen Verwaltungen erhielten den Auftrag, bestimmte Quoten junger Bauern in die städtischen Industriebetriebe einzuweisen. Die Gesamtzahl belief sich laut der Grossen Sowjetenzyklopädie (2. Ausg., Bd. 12, S. 308) auf 6,3 Millionen. So kam der Arbeiterstaat etwas verspätet zu seinem städtischen Proletariat, und so kam dieses zu seiner Diktatur. 1941 bestand die Arbeiterklasse zur Hälfte aus «Angeworbenen», d. h. Abkommandierten, d. h. Zwangsarbeitern.

Wenn die Pünktlichkeit die Höflichkeit der Könige ist, so stellt die alternativlose Unterordnung unter die *Arbeitsdisziplin* das Privileg der herrschenden Klasse im Sozialismus dar. Tatsächlich fand das neue Proletariat zur Ausübung seiner Diktatur Bedingungen vor, die sich von den Bedingungen unter dem hemmungslosesten Frühkapitalismus dadurch unterschieden, dass sie härter waren:

1. Die Wahl und die Kündigung des Arbeitsplatzes waren nicht frei.
2. Die «Massnahmen zur Festigung der Arbeitsdisziplin» waren ein Bestrafungskatalog. Wer sich zum Beispiel innerhalb eines Monats dreimal um maximal zehn Minuten verspätete, konnte nicht nur arbeitsrechtlich, sondern je nach Einstellung (des Betroffenen oder seiner Vorgesetzten) auch strafrechtlich verfolgt werden. Eine milde Strafe bestand in einer 20prozentigen Lohnkürzung während eines halben Jahres, eine strenge Strafe bedeutete Arbeitslager. (Streiks gehörten nicht zum Thema der Arbeitsdisziplin, sondern der Sabotage; darauf stand der Tod.)
3. Löhne und Arbeitsnormen waren ebenso kompliziert wie ausbeuterisch.

1932 führte man das System der «internen Pässe» ein, das nur noch eine vom früheren Arbeitgeber genehmigte Bewerbung um eine Stelle zuließ, und schaffte das Kündigungsrecht für Arbeitnehmer vollends ab. So blieben alle da, wo sie hingehörten: die Bauern in ihren Kolchosen

und die Arbeiter in ihren Fabriken. Wie die Gefangenen in ihren Gefängnissen. Man nannte das sozialistische Demokratie.

Der Kollektivierung der Landwirtschaft folgte die *Kollektivierung des Handwerks* durch die Bildung von Genossenschaften. Bis 1934 war der «private Sektor» verschwunden, und 1936 konnte man verkünden, die «Grundlagen des Sozialismus» seien gelegt.

Sherry


Xérès

# DRY SACK

Williams &amp; Humbert Ltd.



*Tanqueray*  
SPECIAL DRY ENGLISH GIN



TAYLOR'S  
PORT PORTO



I.W. HARPER  
KENTUCKY  
STRAIGHT BOURBON  
WHISKEY

# SISCA

LA VÉRITABLE  
CRÈME DE CASSIS  
DE DIJON

Generalvertretung  
für die Schweiz:

Berger & Co. AG  
3550 Langnau BE

## Machtkämpfe und Säuberungen

*Neben den gesellschaftlichen Transformationen ging in den zwanziger und dreissiger Jahren der Kampf um die Macht weiter, nunmehr aber innerhalb der Partei. Oben intrigierten die Führer gegeneinander, unten wurden namenlose Genossen als Links- oder Rechtsabweichler liquidiert. Das mündete in die grossen Säuberungen von 1936 bis 1939, denen Millionen zum Opfer fielen.*

Es ergibt sich, dass die grössten Kommunistenverfolgungen aller Zeiten in der kommunistisch regierten Sowjetunion stattgefunden haben.

Das scheinbare Paradox erklärt sich dadurch, dass die gesamte Ideologie auf Feindbild basiert. Wer immer in die Kategorie des Klassenfeinds oder seiner Verbündeten eingewiesen wird, ist liquidierungswürdig. Der Marxismus-Leninismus enthält in Potenz alle Rechtfertigung zu jeglicher (also auch zur unblutigen) Kriegführung gegen die Feindkategorien. Wer an der Macht ist, hat auch das ideologische Alibi.

Lenin starb im Januar 1924. Die Nachfolge sicherte sich Stalin, seit 1922 Generalsekretär der RKP. Er verstand es, effektive oder potentielle Rivalen gegeneinander auszuspielen und zu erledigen. 1925 bis 1927 verbündete er sich mit Bucharin und Rykow gegen die «Opposition» von Sinowjew, Kamenew und Trotzki, der 1929 exiliert (und 1940 in Mexiko ermordet) wurde. Dreissig andere Leute wurden zunächst nach Zentralasien verbannt, durften aber 1929 nach Moskau zurückkehren, wo sie dann in den dreissiger Jahren hingerichtet wurden. Vorerst halfen sie Stalin dabei, seine erstwilligen Partner Bucharin, Rykow und Tomskij zu liquidieren.

Die Konstellationen wechselten, aber Stalin blieb immer Sieger und nutzte die Erfolge zur jeweils nächsten Säuberung.

\*

Anlass zum eigentlichen *Massenterror* wurde im Dezember 1934 die (wohl von Stalin befohlene) Ermordung des Leningrader Parteichefs Kirow. Darauf erliess Stalin die berühmte «Lex Kirow» gegen die «eingeschlichenen Feinde» in der Partei. Bei Verdacht auf staatsfeindliche (d. h. politische) Delikte dauerte die Voruntersuchung zehn Tage. Dem Beschuldigten wurde die Anklage 24 Stunden vor dem Prozess bekanntgegeben. Dieser fand in seiner Abwesenheit statt, ohne Beiziehung eines Verteidigers. Gegen Todesurteile gab es keine Berufung, und Begnadigungen waren ausgeschlossen. Der Terror wütete beliebig.

Die Militärs hatte Stalin relativ lange geschont, weil er sie brauchte. Dann kamen auch sie an die Reihe. Das letzte prominente Opfer war 1937 Marschall Tuchatschewskij. Er hatte 1921 den letzten Aufstand gegen das bolschewistische Regime niedergeschlagen, den Aufstand jener Matrosen, die 1917 in der Sinnggebung der KP noch die revolutionären Massen dargestellt und den Druck der Strasse bewirkt hatten.

Den Säuberungen fielen u. a. die meisten Mitglieder des 1934 bestellten Zentralkomitees (ZK) zum Opfer; erschossen oder eingesperrt wurden ferner gerade die fähigsten Generäle und Kommandanten der Roten Armee.

\*

Zur Beendigung der Säuberungen entschloss sich Stalin erst angesichts der äusseren Gefahr durch den Nationalsozialismus, den man übrigens systematisch «Faschismus» nannte und nennt; man will den Leuten die historische Tatsache nicht bewusst machen, dass sich die Faschisten selber als Sozialisten ausgeben. Der 18. Parteikongress Anfang 1939 erklärte den inneren Frieden und strich aus dem Parteistatut von 1934 den ominösen Artikel über die systematischen Säuberungen innerhalb der Partei.

(1956 verurteilte dann Chruschtschow die Säuberungen als Fehler des «Personenkults»; und man rehabilitierte «schuldlose Genossen», ohne der Millionen von Nichtgenossen weiter zu denken. Inzwischen geht die Tendenz eher wieder dahin, die damaligen Henker zu rehabilitieren.)



Importeur feiner Qualitätsweine

Suchen Sie alten Portwein?

Wir haben:

Golden White Port 1952  
zu Fr. 28.-/Fl.

Golden White Port 1944  
zu Fr. 40.-/Fl.

*Vins Hess Weine*  
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

## Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden,  
die so einzig sind in ihrer Art,  
so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung  
Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind,  
haben wir diese Teppiche in einer Sammler-  
Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen,  
heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen,  
sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

### Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6  
Marktstrasse 42, 3011 Bern  
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

### Liebes altes Bern

Stadtbilder 1850–1925. Eine nostalgische Rückschau auf das verschwundene Antlitz von einst. Zusammengestellt von Arnold H. Schwengeler

112 Seiten, 96 meist ganzseitige Bilder in zweifarbigen Offsetdruck mit Legenden in den Sprachen Deutsch, Französisch und Englisch, in Leinen gebunden mit Goldprägung. Format 22×25 cm, Fr./DM 39.80.

### Zauber altbernischer Städtchen

Aarberg, Laupen, Wangen a. d. A., Büren a. d. A., Thun, Biel, Huttwil, Wiedlisbach, Erlach, Unterseen, Burgdorf, Nidau, La Neuveville. Einzigartige Photodokumente des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Zusammen- gestellt von Arnold H. Schwengeler.

120 Seiten, zweisprachig (Deutsch und Französisch), 100 Bilder, in Leinen gebunden mit Goldprägung, Format 22×25 cm, Subskriptionspreis bis zum 31. Dezember 1977, Fr./DM 35.-, späterer Ladenpreis Fr./DM 39.80.

### dr Zibelemärit

Eine kleine Geschichte und Botanik rund um die Zwiebel und den Berner Zwiebelmarkt, von Hans Erpf.

64 Seiten mit über 50 Photos von Eduard Rieben und zahlreichen schmackhaften Zwiebelrezepten, farbiger Pappband, Fr./DM 14.80.

### Das Backen im Bauernhaus

Eine Geschichte über das Brot. Die Bestandteile, Eigenschaften und Lagerung des Mehls, Teigzubereitung, Form des Brotes und das Backen im Ofen. Mit vielen praktischen Hinweisen, die das Brotbacken erleichtern, sowie verschiedenen Brotrezepten, von Berta Schnyder.

6. Auflage, erweitert und neu gestaltet von Christine Brauchli und Gertrud Kaderli.

52 Seiten, illustrierter Umschlag, Fr./DM 6.90.

In allen Buchhandlungen



Buchverlag  
Verbandsdruckerei AG  
Bern

Frankfurter Buchmesse  
Halle 6, Stand 1113

## Krieg und Kriegsgewinn

*Der Grosse Vaterländische Krieg gegen die Deutschen gilt heute in der offiziellen Geschichtsschreibung als Sieg des Sozialismus über den Faschismus. Aber die angeblich fundamentale Gegensätzlichkeit ist eine Fiktion.*

In Wirklichkeit waren die sowjetischen Beziehungen zu Hitlers NS-Regime sehr komplex.

Zwar hatte der letzte (7.) Kongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 die Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr als Hauptaufgabe bezeichnet, aber Stalin (der die Komintern-Beschlüsse diktierte) hielt sich nicht an seine eigene Losung. Er kritisierte im Januar 1939 die Westmächte, weil sie Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der UdSSR provozieren wollten, und er warnte die Sowjetbürger davor, sich «von einem primitiven Antifaschismus mitreissen zu lassen» (!). Als erstrebenswert nannte er «gutnachbarliche Beziehungen» zu Deutschland.

Einiges Bemühen dazu hatte es schon gegeben, nur war es nicht an die grosse Glocke gehängt worden. Aussenminister Molotow sagte am

mit Hitler ausgehandelten ostpolnischen Gebiete zu besetzen. Gebrochen wurde dabei der «ewige Frieden» von 1920 und der gültige Nichtangriffspakt von 1932. Molotow am Invasionstag: «Die UdSSR muss für die Sicherheit ihres Staates sorgen.»

\*

Am 28. September 1939 unterzeichneten die beiden Diktaturen ihren «Grenz- und Freundschaftsvertrag» und teilten sich Polen:

*«Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates als ausschliesslich ihre Aufgabe, in diesem Gebiet die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.»*

Und die gemeinsame Erklärung vom gleichen Tag:

*«Nachdem die Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch die heute unterzeichnete Vereinbarung endgültig die sich aus der Auflösung des polnischen Staates ergebenden Fragen geregelt und damit eine sichere Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie gemeinsam der Meinung Ausdruck, dass es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde,*

Baltikum wurde im Juli/August von der Sowjetunion annektiert.

*Dank seinem Bündnis mit der Sowjetunion war also Hitler in der Lage, den Weltkrieg zu beginnen, für den Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus zusammen die Verantwortung tragen. Die UdSSR betrachtet übrigens ihre Verträge mit Hitlerdeutschland offenbar noch heute als gültig. Sie hat sie nie revoziert, und sie hat die betreffenden Territorien nicht zurückerstattet.*

\*

Als dann Hitler am 22. Juni 1941 über seinen sowjetischen Verbündeten herfiel, war Stalin schlecht vorbereitet. Nach vier Monaten hatten vier Millionen Sowjetsoldaten die Waffen gestreckt, ein Indiz für die Gefühle des «einfachen Volkes».

Wenigstens sah sich Stalin jetzt zu einer neuen Politik veranlasst. Er verbündete sich mit den Alliierten, die ihm ausschlaggebende materielle Unterstützung im Wert von 65 Milliarden (damalige) Franken gewährten. Vor allem musste er nun der eigenen Bevölkerung Konzessionen machen. Insbesondere stellte er den Kampf gegen Kirche, Religion und Gläubige ein. Die Parolen zielten auf vaterländische Einheit.

Formelle Konzessionen der Aussenpolitik waren die Unterzeichnung der Atlantik-Charta 1941 und die Auflösung der Komintern 1943.



## Im November wieder lieferbar

Das menschlich vertiefte Protokoll  
der stürmischen Jahre 1932–1945, unter Mitarbeit  
von Hans Rudolf Hubler und Oskar Reck

**288 Seiten Fr. 21.—**

VIKTORIA 

31. August 1939 vor dem Parlament, die Sowjetunion habe zu Hitlerdeutschland «schon in den vergangenen Jahren aktive politische Beziehungen entwickelt».

Stalin hatte mehr Vertrauen zu Hitler als zu den Westmächten, und so schloss er hinter dem Rücken der Franzosen und Briten am 23. August 1939 den Nichtangriffspakt mit dem NS-Staat. Ein zugehöriges Geheimprotokoll wies Ostpolen, Rumänien, Estland, Lettland und Finnland in die sowjetische Interessensphäre. Molotow vor dem Obersten Sowjet am 31. August 1939:

*«Schon zuvor suchte die Sowjetunion ihre politischen Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. (...) Der 23. August 1939 (...) ist als Datum von grosser Bedeutung anzusehen. Der Nichtangriffspakt (...) ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht nur Europas.»*

Nach Hitlers Truppen marschierte ihrerseits die Rote Armee nach Polen (17. 9. 1939), um die

*den zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand zu beenden. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen (...). Sollten die Bemühungen der beiden Regierungen jedoch erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind.»*

Der neue Vertrag wies auch Litauen in die sowjetische Interessensphäre.

Die Sowjetunion zwang jetzt sofort die drei baltischen Staaten zur Unterzeichnung von Beistandspakten und okkupierte sie mit dieser Legitimation. Finnland, das sich nicht einschüchtern liess, wurde am 30. November 1939 ohne Kriegserklärung überfallen, auch in diesem Fall unter Verletzung zweier Vertragswerke (von 1920 und 1932).

Finnland konnte nach einem verzweifelten Widerstand seine Souveränität bis auf einige Ostgebiete (Vertrag vom 12. 3. 1940) behaupten. Das

Mit dem Beitritt zur Atlantik-Charta 1941 verzichtete die UdSSR ausdrücklich zum voraus auf jeden Gebietszuwachs nach Kriegsende.

Indessen hätte kein Anlass zur Annahme bestanden, dass sie sich diesmal an ihre Verträge halten würde. Tatsächlich erzwang sie die erneute Ueberlassung Ostpolens, nahm sich das Baltikum und nebst dem rumänischen Bessarabien auch gleich die Nordbukowina, die nicht einmal zum zaristischen Russland gehört hatte. Königsberg (Kaliningrad) wurde einverleibt, und die befreite Tschechoslowakei musste auf die Karpaten-Ukraine verzichten.

Um sich in die Friedensregelung in Asien einzuschalten, brach die Sowjetunion ihren Nichtangriffspakt mit Japan und überfiel dieses Land unmittelbar bevor es (nach Hiroshima und Nagasaki) ohnehin kapitulierte. Das brachte ihr territorial die Kurilen und Süd-Sachalin ein und historographisch das (noch heute «gültige») Argument, damit sei der Krieg entschieden worden.

# Die Satelliten

*Zum direkten Gebietszuwachs kam nach dem Krieg die Bildung eines sowjetischen Satellitengürtels zwischen 1945 und 1948.*

Stalin sagte vor Tito und Djilas: «Dieser Krieg ist anders als Kriege in der Vergangenheit. Wer immer ein Gebiet besetzt, auferlegt ihm sein eigenes Gesellschaftssystem, (...) soweit seine Armee vordringen kann.»

Das zeigt, was Stalin vom öffentlich ständig betonten Recht auf Selbstbestimmung der Völker tatsächlich hielt.

Die Ironie der Geschichte will es, dass in Osteuropa die verbündeten Sieger (CSR, Polen) das gleiche Schicksal als Lohn erhielten wie die besiegten Feinde (Ostdeutschland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn).

In den besiegten Staaten wurde der Alliierte Aufsichtsrat vom jeweiligen Sowjetvertreter präsidiert und schaute so gut wie machtlos zu, wie sich die sowjetische Allgewalt etablierte. In Polen blieben die Sowjettruppen unter dem Vorwand des gemeinsamen Kampfes gegen die bis 1947 kämpfenden Einheiten der Landesarmee (AK) und gegen die ukrainischen UPA-Partisanen, die noch bis 1948 Widerstand leisteten.

Mit Einmischung und Einschüchterung gelang es Moskau, den zumeist kleinen kommunisti-

schen Parteien in Osteuropa beträchtliche Wahlerfolge und relative Mehrheiten in den Parlamenten zu sichern. Die Ausnahme war Ungarn. Dort errang die KP bei den Wahlen von 1947 nur 22 Prozent der Stimmen, und dies trotz militärischer Besetzung, Wahlrechtsbeschränkungen und einem enormen organisierten Wahlbetrug. (KP-Wähler wurden zwecks mehrfacher Stimmabgabe in Camions von Dorf zu Dorf gefahren.)

Am 10. Februar 1947 kam es zur Unterzeichnung der Friedensverträge mit den besiegten Staaten, die demnach innert 80 Tagen von den Sowjettruppen hätten geräumt werden müssen. Aber diese blieben in beträchtlicher Stärke da, und zur Zeit der Jugoslawien-Krise 1948 rückten neue Einheiten an.

Und an der Besetzung hat sich nichts geändert. Auch nicht an der «Einstweiligkeit». Denn tatsächlich heisst es nach mehr als 30 Jahren noch heute in den offiziellen Erklärungen: «Die in unserer Heimat provisorisch stationierten Sowjettruppen ...»

Jugoslawien entzog sich dem Anschluss 1948; im verbleibenden Satellitengürtel übernahm Moskau die uneingeschränkte Befehlsgewalt. «Gefährliche» Politiker deportierte man in die UdSSR. Die Filialen des sowjetischen NKWD (heute KGB) kontrollierten alles, was in diesen Ländern geschah. Die «Militärberater» und die übrigen «Berater» hatten Kommandogewalt.

In einem Protestbrief Titos und Kardeljs vom

Frühjahr 1948 hiess es in diesem Zusammenhang:

«Wir halten es nicht für richtig, dass die Organe des sowjetischen Nachrichtendienstes in unserm Land, das zum Sozialismus voranschreitet, unsere Bürger anwerben. Wir können nicht umhin, das als Tätigkeit zu betrachten, die gegen unser Land gerichtet ist.»

Die sowjetische Antwort: «Es wäre merkwürdig, von den in Jugoslawien arbeitenden Sowjetmenschen zu verlangen, dass sie mit niemandem reden. (...) Nur sowjetfeindliche Elemente können die Auffassung vertreten, dass sich die Führer der Sowjetunion um die Unversehrtheit und Unantastbarkeit des neuen Jugoslawiens weniger kümmern als das Politbüro des ZK der KP Jugoslawiens.»

In seinem «Exkommunikationsbeschluss» hielt dann das Kominform fest, «... dass die Führer des BdkJ eine feindliche Politik gegen Sowjetunion und KPdSU betreiben. (...) Das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien betrachtet daher den Kampf gegen die Tito-Clique — gegen die gedungenen Spione und Lohnmörder — als Pflicht.»

Nach der Satellisierung Osteuropas kam ab 1949 seine Sowjetisierung. Man liquidierte Klassenfeinde ausserhalb und innerhalb der Partei. Man rief die Diktatur des Proletariats aus und handhabte die Diktatur über das Proletariat.

Am 1. Oktober 1949 wurde in China die Volksrepublik ausgerufen. Die Sowjetisierung begann durchaus nach osteuropäischem Muster...

Ein neuer Name: **CURA-DIA** Postfach 227, 3601 Thun  
Ein neues Angebot: Lichtbildserien zu Fragen Osteuropas.

**Das Konzept:** Aktualität und Ideologie des heutigen Osteuropa werden in Form von Lichtbildserien dargestellt.

**Die Bilder:** Alle Bilder dürfen dokumentarischen Wert beanspruchen. Sie stammen durchwegs aus osteuropäischen Selbstzeugnissen (Schulbücher, Zeitungen, Museen, offizielle Verordnungen usw.).

**Der Umfang:** Die Darstellung osteuropäischer Gegenwart erstreckt sich über die sieben folgenden Sachbereiche (\* = in Vorbereitung):

- A = Ideologie
- B = Jugend + Erziehung
- C = Religion + Kirche\*
- D = Partei + Staat\*
- E = Wirtschaft\*
- F = Kunst\*
- G = Geschichte + Geschichtsbild\*

**Begleittext:** Zu den Bildserien wird ein Begleittext mitgeliefert, der eine genaue Quellenangabe und einige erläuternde und weiterführende Quellentexte enthält. Auf eine eigentliche Erläuterung der Bilder wird verzichtet, es werden lediglich ganz knapp die Motive zur Bildauswahl genannt.

**Quellentexte:** Die im Begleittext abgedruckten Quellentexte sind gesondert auch als ergänzende Dia-Serie erhältlich.

**Ausführung:** Die farbigen Bilder sind unverglast in Kunststoffrahmen mit aufgedrucktem Text lieferbar.

**Der Preis:** Eine Serie zu 6 Bildern kostet inkl. Begleittext Fr. 9.-, zuzüglich Porto.

Ich bestelle:  fest,  zur Ansicht (mit Rückgaberecht innert 3 Tagen)

Anzahl	Sachbereich	Serie
.....	A: Ideologie	1: Selbstverständnis der Lehre, Bilder 1-6
.....	A: Ideologie	2: Inhalt der Lehre, Bilder 1-6
.....	A: Ideologie	3: Aktualität und Ideologie, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	1: Ideologisierung der Jugend, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	2: Jugendorganisationen, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	2: Jugendorganisationen, Bilder 7-12
.....	B: Jugend + Erziehung	3: Militarisierung der Jugend, Bilder 1-6
.....	B: Jugend + Erziehung	3: Militarisierung der Jugend, Bilder 7-12

Name: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_  
 Strasse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Thesen & Meinungen

eine neue Reihe bei Benziger

Marcel Schwander

**Jura  
Konfliktstoff  
für Jahrzehnte**

Broschiert, 136 Seiten, Fr. 17.80

Das Buch «Jura - Konfliktstoff für Jahrzehnte» will die notwendigen Grundlagen zur Beurteilung der Jurafrage vermitteln. Der Autor hat sich seit Jahrzehnten intensiv mit der Jurafrage beschäftigt.

Walter Matthias Diggelmann  
Klara Obermüller

**DDR  
Tagebuch  
einer Erkundungsfahrt**

Broschiert, 120 Seiten, Fr. 16.80

Zwei Schweizer Intellektuelle auf Erkundungsfahrt durch die DDR. Keine objektive Bestandesaufnahme, sondern ein durch persönliche Erfahrung geprägtes Bild.

# Benziger

## Die Firmengruppe im Dienste der Sicherheit

### SECURITAS



Securitas AG  
Schweizerische  
Bewachungsgesellschaft  
3052 Zollikofen  
Telephon 031 57 21 32

### SECURITON



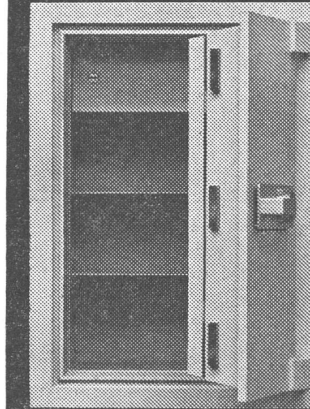
Securiton AG  
Alarm- und Sicherheitssysteme  
3052 Zollikofen  
Telephon 031 57 04 92

### CONTRAFEU



Contrafeu AG  
Brandschutzsysteme  
3110 Münsingen  
Telephon 031 92 18 33

## Bei Kassenschränken denken Sie daran:



Vidmar Kassen- und Panzerschränke bedeuten Sicherheit  
Vidmar Kassenschränke sind feuer-, sturz- und diebessicher  
Vidmar Panzerschränke bieten zusätzlichen Schutz gegen Einbruch  
Vidmar – eine gute Entscheidung

## Vidmar

A + R Wiedemar AG Bern  
Tresor- und Stahlmöbelfabrik

## Chruschtschow

*In der Sowjetunion kam es weniger nach dem Krieg als vielmehr nach Stalins Tod 1953 zu Veränderungen, welche der Führung aus den Händen zu gleiten drohten. In der Breschnew-Aera hat man mit dem noch heute andauernden Versuch eingesetzt, die Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen.*

Die sowjetinternen Konzessionen, die Stalin zum Sieg über die äusseren Feinde gemacht hatte, nahm er nach seiner Erringung bald wieder zurück. Die positive Einstellung der Bevölkerung war nicht mehr vonnöten, und die faktische Devise lautete wieder: Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten.

Wirtschaftlich konzentrierte sich der Staat erneut auf die Förderung der Schwerindustrie; zum Ausbau der Friedensordnung ging die Kriegswirtschaft weiter. Auf den neuerworbenen Sowjetterritorien führte man den «Sozialismus» bis 1948 ein: Die Güterwaggons rollten von Westen nach Osten, angefüllt mit Klassenfeinden, mit Oppositionsverdächtigen und mit ganzen Nationalitäten (ethnische Minderheiten).

Stalin regierte ohne Parteikongresse und ohne Parlament durch das Politbüro (Partei-Exekutive) oder ganz einfach durch Ukase (Erlasse). Der erste Nachkriegs-Parteikongress wurde als formelles Alibi auf Spätherbst 1952 einberufen. In den letzten Monaten seines Lebens wollte Stalin anscheinend die Palette der Sündenbockpolitik um die bräunliche Farbe einer Judenverfolgung bereichern (Aerzteprozesse). Aber er starb noch rechtzeitig am 5. März 1953.

Nach dem Tode Stalins kam es zunächst zu einem *Interregnum*. Eine Koalition mit Malenkow, Molotow und Chruschtschow als Hauptfiguren tat sich zusammen, um den mächtigen Innenminister und Chef des Sicherheitsdienstes, Lawrentij Berija, zu liquidieren. Im September 1953 übernahm Chruschtschow die Parteifüh-

rung, wogegen Malenkow Ministerpräsident wurde. Dieser galt als Förderer einer gemässigt konsumorientierten Wirtschaft. 1955 musste er in einer immerhin unblutigen Macht ablösung abdanken.

Als massgeblicher Mann profilierte sich immer deutlicher Chruschtschow, der im Juni 1957 die «partei-feindliche Gruppe» der früheren Anti-Berija-Koalition aus der KPdSU ausschloss und 1958 seine Parteifunktion mit dem Amt des Regierungschefs verband. Nunmehr bestimmte er bis zu seinem Sturz im Herbst 1964 das Geschehen im Ostblock.

Die nachstalinische Zeit brachte eine deutliche *Liberalisierung* im Rahmen der nach wie vor bestehenden Parteidiktatur.

1953 löste man etliche Konzentrationslager auf, und 1954 verlor das KGB seine Justizfunktionen (auf deren nominelles Bestehen es natürlich nicht unbedingt angewiesen war) und wurde auch tatsächlich etwas zurückgebunden. Man löste die Gesellschaft der Militanten Atheisten auf und fasste einen nicht übermässig eingehaltenen Beschluss, die atheistische Kampagne künftig ohne «administrative Massnahmen» (der Ausdruck ist im ganzen Sowjetlager die gängige Umschreibung für Repressionen und Verfolgung) zu führen.

Wesentlich gelockert wurde die zuvor rigoreose Sprachregelung. Die Kritik im Namen allgemein formulierter Parteiziele erhielt Spielraum, was nicht zuletzt der Literatur zugute kam, die ihr *Tauwetter* erlebte.

1953/54 verbesserte man die Lage der am meisten benachteiligten Schicht, der Kolchosbauern, indem man ihnen höhere staatliche Ankaufpreise für ihre Produkte festsetzte. Zu einer neuen Anpassung an die Gestehungskosten kam es dann 1958, aber vor allem liess Chruschtschow zu jenem Zeitpunkt die grösste Last der Bauern abschaffen, die sogenannten Ablieferungen, eine Art Naturalsteuer.

1956 entlarvte Chruschtschow vor dem 20. Parteikongress in seiner «Geheimrede» die Greuel-taten Stalins (und seiner Anhänger, soweit das ohne Selbstaufgabe möglich war). Die Schuldigen wurden indessen nicht zur Verantwortung gezogen.

Im Frühjahr 1956 gab es Bestrebungen zur Herstellung der innern Freizügigkeit. Den Arbeitnehmern wurde das Recht auf Kündigung zuerkannt, und mit Ausnahme der Bauern erhielten die Staatsbürger Bewegungsfreiheit innerhalb der UdSSR, wenn auch nicht unbeschränkt.

Wirtschaftlich (mehr) und politisch (weniger) machte man kleine Schritte in Richtung auf Dezentralisierung. Wirtschaftlich wurde die Sowjetunion in 103 Wirtschaftsgebiete mit je einem Volkswirtschaftsrat an der Spitze aufgeteilt. Politisch gestand man den Unionsrepubliken erweiterte gesetzgeberische Kompetenzen in Dingen von geringerem Belang zu (und die Möglichkeiten, davon freien Gebrauch zu machen, waren noch geringer).

Justizreformen stellten zwar keine Rechtsstaatlichkeit her, bedeuteten aber eine Absage an die stalinistische Terrorjustiz. Der Oberste Sowjet verabschiedete am 25. Dezember 1958 eine Reihe neuer Texte: Strafrecht, Strafprozessordnung, Gesetz über staatsfeindliche Delikte, Militärstrafrecht (und dazu ein neues Unterrichtsgesetz). Wenigstens war nun das StGB von 1926 mit seinem berüchtigten Artikel 58 (staatsfeindliche Delikte) ausser Kraft gesetzt.

Der 22. Parteikongress von 1961 war vielleicht wegen der Effektivität seiner Vorhaben nicht so wichtig, aber äusserst bezeichnend für den Verheissungsstil der Chruschtschowschschina, der das Mass der kapitalistischen Konsumgesellschaft nahm und darauf die kommunistische Zukunftsgesellschaft projizierte.

Das neue Parteiprogramm 1961—1980 nahm sich vor, bis 1970 die amerikanischen Produktionszahlen zu erreichen und bis 1980 die Grundlagen zum Vollkommunismus zu legen. Der letzte Satz kündigte feierlich an, die heutige Generation werde schon im Kommunismus (d. h. zum Beispiel ohne Staats- und Polizeiapparat) leben.

Im übrigen wurde die Entstalinisierung in nunmehr öffentlichen Reden bestätigt. Auch prangerte man das Weiterleben des Stalinismus in Albanien an und meinte natürlich China (das waren damals noch die Vorzeichen der Auseinandersetzung). Der Bruch in der Weltbewegung war noch nicht vollzogen, aber sozusagen abgesteckt.

Die Reformpolitik ging weiter, in einem manchmal recht erratischen Kurs. Bewährte Genossen begannen sich zu fragen, wie weit noch auf die Diktatur (laut 22. KPdSU-Kongress übrigens vom ganzen Volk ausgeübt und nicht mehr vom Proletariat) Verlass sei. In Osteuropa sagten die Leute: «Chruschtschow kriegt von uns noch ein Denkmal, denn er tut das, was die USA nicht zustande bringen: er liquidiert den Kommunismus.»

Tatsächlich verschonten neue Experimente nicht einmal die Partei. Man unterteilte sie in einen Arbeiter- und einen Bauernflügel und belies nur noch die hohen Instanzen von Republiken und Union als Einheit. Aehnlich spezialisierte man auch die Sowjets (politische Behörden), was ein frisches Durcheinander in die Dinge brachte.

*Die Liberalisierung löste in Staat und Wirtschaft Entwicklungen aus, die das von der Führung gewünschte Mass überschritten.*

In der Landwirtschaft hatte Chruschtschow den Bauern als materiellen Anreiz etwas Privatproduktion zugestehen wollen, um die schlechten Gesamterträge zu verbessern. Es zeigte sich, dass die Bauern die Kollektivwirtschaft vernachlässigten, um sich ganz auf ihr eigenes Gemüse in der kleinen «Nebenwirtschaft» zu konzentrieren. Die «privateigentümerische Mentalität», laut ideologischer Erkenntnis eine bloss anerzogene Eigenschaft bürgerlicher Gesellschaft, kümmerte sich nicht um ihre wissenschaftliche Unmöglichkeit und beherrschte, wenn nicht das Feld der Theorie, so doch die Felder der Bauern. Chruschtschow vollzog eine Kehrtwendung und liess nunmehr die maximale Grösse der Nebenwirtschaften erheblich reduzieren. Für kurze Zeit verbot er sogar die «Kolchosmärkte», auf denen die Bauern ihre eigene Ware ausserhalb der staatlichen Preisbildung nach Angebot und Nachfrage verkauften. Aber er liess sie wieder zu, als offenbar wurde, dass der staatliche Handel die Versorgung mit Früchten, Gemüsen und Fleisch allein nicht zu gewährleisten vermochte. Heute sind sie so gut wie institutionalisiert.

Ihrerseits löste die Aufteilung des Landes in Wirtschaftsgebiete da und dort autarkische Bestrebungen aus, besonders im Baltikum. Man begann im Rahmen der eigenen Einheit zu kalkulieren auf Kosten der Gesamtinteressen oder dessen, was man in Moskau dafür hielt. So kam es dazu, dass man neuerdings die Unterlassung von Planlieferungen in andere Gebiete sehr scharf ahnden musste.

Damit auf dem freieren Arbeitsmarkt die Arbeit nicht zu einer fakultativen Sache werde, erliess Chruschtschow im Mai 1961 seine berühmte «Parasitengesetzgebung», laut welcher nichtarbeitende Leute ohne Gerichtsurteil für zwei bis fünf Jahre verbannt werden konnten, vorzugsweise in die sibirische oder kasachische Landwirtschaft. (In den folgenden Jahren wurde dieser Erlass — wie immer er ursprünglich gemeint war — zu einer Hauptwaffe des polizeilichen Kampfes gegen Leute von unerwünschter Gesinnung. Erst nahm man ihnen ihre Arbeit und sorgte dafür, dass sie keine mehr bekamen; dann

verschickte man sie als arbeitsscheue Elemente.) Chruschtschow sagte der stalinistischen Zucht ab, benötigte aber ein neues Sortiment an Züchtigungsmitteln, um keine Zuchtlosigkeit einreisen zu lassen. Er erweckte den Anschein, seinem gesamtheitlichen Reformwillen im einzelnen zu widersprechen und inkonsequent zu sein.

Auch in der Aussenpolitik gab es markante Kurskorrekturen.

Chruschtschow liess im November 1956 die ungarische Revolution, die er durch seine Entstalinisierung ermöglicht hatte, blutig niederschlagen. In Ungarn herrschten 1957—1960 Terror, Repression und Justizmord, aber dann war es wiederum dieses Land, dem (und in dem) Chruschtschow sein vielzitiertes Angebot vom «Gulaschkommunismus» machte. Insgesamt näherten sich die Länder Osteuropas wieder etwas ihrer eigenen Identität, ein Prozess, der sich im Falle der Tschechoslowakei 1968 als reversibel erwies.

Zu Jugoslawien normalisierte Moskau seine Beziehungen 1954/55, auch wenn das den Beschlüssen der KP-Weltkonferenzen von Moskau 1957 und 1960 kaum anzumerken war.

Chruschtschow wollte Kuba zu einem Raketenstützpunkt ausbauen, musste sich aber 1962 vor dem amerikanischen Ultimatum beugen. Moskau verlor dadurch viel von seiner Autorität in Havanna, und erst Breschnew konnte 1968 die Kontrolle über Kuba wieder etablieren.

Am kontinuierlichsten entwickelte sich das Verhältnis mit China. Es hatte auch sein Auf und Ab, wurde aber insgesamt immer schlechter. China war 1957/58 nicht bereit, einen «asiatischen Warschauer Pakt» zu akzeptieren, der Moskau das Kommando über alle brüderlichen Streitkräfte gegeben hätte. Darauf sperrten die Sowjets vereinbarte Raketenlieferungen nach China, das nun seinerseits vom Sowjetmodell abrückte und unter Missachtung des obligaten Vorbilds eigene Wege ging (Volkskommunen, «Grosser Sprung»). Zum offenen Bruch zwischen den beiden Ländern respektive ihren KPs kam es 1963.

Dafür erstrebte China eine Oeffnung nach Westeuropa, die ihm weitgehend gelang, u. a. auch in der Isolierung der USA in ihrem Engagement in Vietnam.



Zum 70. Geburtstag Chruschtschows am 17. April 1964 wünschte ihm Breschnew «ein langes Leben und neue Grosstaten für das Gedeihen unseres grossen Vaterlandes». Chruschtschow antwortete in seiner Dankadresse: «An meinem 70. Geburtstag geben Sie mir gute Worte als einen Vorschuss für die Zukunft. Ich möchte aber sagen, dass nicht alles von mir abhängt.» Er hatte recht: Am 14. Oktober jenes Jahres wurde er von Breschnew gestürzt.

## Breschnew

Chruschtschow wurde am 14. Oktober 1964 gestürzt. Innerhalb der neuen Kollektivführung gewann dann Breschnew als Parteichef (seit 1966 wieder wie Stalin Generalsekretär genannt) allmählich die Oberhand. Das bestätigte sich im Frühjahr 1977 auch dadurch, dass er Podgornyj als Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatschef) ablöste und wiederum eine Personalunion an der Spitze von Partei und Staat herstellte.

Das Triumvirat Breschnew—Kossygin—Podgornyj widerrief als erstes die letzten Massnahmen Chruschtschows, nämlich die Einschränkungen für Nebenwirtschaften und Kolchosmärkte, die Zweiteilung von Partei und Regionalbehörden, die Gliederung des Landes in Wirtschaftsrayons. Die zentrale Verwaltung wurde gestrafft, indem man Ministerien in den einzelnen Unionsrepubliken aufhob (mehr als ein umständliches und kostspieliges Alibi waren sie ohnehin nicht gewesen) und ihre Kompetenzen direkt den betreffenden Zentralministerien übergab (1964—1971).

Die *Aussenpolitik* der vorangegangenen Periode hatte man erst «aventuristisch» genannt, setzte sie aber in wesentlichen Elementen fort. Ein halber Aussöhnungsversuch mit China scheiterte,

bau des Rechtssystems mit Neufassungen von Arbeitsrecht, Familienrecht, Strafvollzugsrecht usw. 1967 erliess der Oberste Sowjet das heute gültige Wehrgesetz, das verstärkte gesellschaftliche Militarisierung bezweckt.

Verantwortung und Kompetenzen der untern Behörden (vor allem Stadt- und Bezirkssowjets) sind in mehreren Gesetzen fixiert worden. Die Unterrichtsreform von 1973 führte mit der Zehnjahresschule (dazu Vorbereitungsklasse für die Sechsjährigen) die Mittelschulpflicht ein.

Mehr oder weniger *versandet ist die Wirtschaftsreform*, die 1965 ungefähr nach dem Muster der DDR-Reform von 1962 beschlossen wurde. Ihre Ziele waren vermehrte Selbständigkeit der mittleren und untern Wirtschaftsführung sowie Abbau von Verwaltungspersonal. Der «Kampf gegen die Bürokratie» war erfolglos. Zwischen 1959 und 1970 (Volkszählung) stieg z. B. die Zahl der Planer und Statistiker von 3,5 auf 5 Millionen. Das Motiv der Eigenverantwortlichkeit von Unternehmen usw. aber durfte schon gar nicht zu ernst gemeint sein, weil es sonst politisch geworden wäre.

Das *innenpolitische Klima* hat sich in der Breschnew-Aera verschlechtert. Man hat die Person Stalins vorsichtig wieder aufgewertet und sich seinen Abschreckungsmethoden (z. B. Schriftstel-



Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität: Prag 1968.

und danach wurde das Verhältnis zu Peking um so schlechter. Die Oeffnung zum Westen trieb man ebenfalls weiter, vor allem in Richtung wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Allerdings glich man das nunmehr durch eine strikte *Disziplinierung im eigenen Lager* aus. Chruschtschow hatte den «Polyzentrismus» einreissen lassen; jetzt sorgte man dafür, dass der Ostblock wiederum seinen Namen verdiente. Die Invasion von 1968 in die Tschechoslowakei stautierte ein Exempel. Als geringeres Uebel nahm man dabei eine Belastung im Verhältnis zu den nichtregierenden KPs des Westens in Kauf; angesichts der «eurokommunistischen» Vorbehalte kam seit 1969 auch keine kommunistische Weltkonferenz mehr zustande.

Die von Chruschtschow 1957 eingeführte «Grundlagengesetzgebung» (die Union bestimmt den Inhalt der Gesetze, die in den Republiken formuliert werden) diente grosso modo zum Aus-

ler- und Dissidentenprozesse) ohne letzte Konsequenzen wieder angenähert.

Aber die unbeholfene Abkehr von der Liberalisierung hat ab Ende der sechziger und Beginn der siebziger Jahre zu einer neuen Erscheinung geführt: zur politischen *Opposition*. Dazu kommt, dass die Jugend sich für Regimeziele nicht mehr begeistern lässt, dass die ethnischen, nationalen und kulturellen Minderheiten zunehmend Unzufriedenheit äussern.

Während die Sowjetunion nach aussen offensiv und expansiv in Erscheinung tritt, versteift sich die Führung an der innern Front auf einen unfruchtbaren Konservatismus. Sie begegnet den neuen Strömungen mit der «Initiative» einer Ausweitung der ideologisch-politischen Erziehung, die aber mehr Ueberdruss schafft als Anhänger wirbt. Sie hat sich vorgenommen, die bedrohte Ordnung wiederherzustellen, aber die Frage nach dem Sinn der Ordnung hält sie schon für feindlich.

## SOI-Sonderdrucke

### 4 Revolution in der UdSSR?

Von Dimitrij Panin.  
1974, 30 S., 5.-

### 5 Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten?

Die osteuropäische Haltung zur Frage der menschlichen Beziehungen und des freien Informationsflusses an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas.  
Von Laszlo Révész.  
1974, 88 S., 7.-

### 7 Aufgaben und Pflichten des sowjetischen Truppenführers

Zusammengestellt und kommentiert von Ernst Legahn.  
1975, 29 S., 6.-

### 9 Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten?

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.  
1975, 50 S., 7.-

### 10 Problematische Verwendung kirchlicher Hilfsgelder

Dokumentation. Zusammengestellt und eingeleitet von Peter Sager.  
1975, 50 S., 7.-

### 11 Rechtsauffassungen in Osteuropa

Ein Vortrag von Laszlo Révész.  
1975, 27 S., 6.-

### 12 Der chinesische Sozialismus

Modell im Abriss.  
Von Laszlo Révész.  
1976, 94 S., 9.-

### 13 Moskau über Portugal

Taktische Fragen und Medienpolitik.  
Von Laszlo Révész.  
1976, 109 S., 9.-

### 14 General Ljuschkows Geheimbericht

Ueber die Stalinsche Fernostpolitik 1937/38.  
Von Dirk Kunert.  
1977, 59 S., 9.-

Nur direkt beim Schweizerischen Ost-Institut, CH-3000 Bern 6, erhältlich.